

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Frangierlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (R. 1. 10. Südd., R. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die Pariser „Association“ über Zins- und Miethfrage, und die deutschen Arbeiter-Associationen.

Unser Pariser H.-Correspondent schreibt uns: Die „Association“, welche seit Anfang dieses Jahres aus einer Monatschrift eine Wochenschrift geworden, rechtfertigt immer mehr das Vertrauen, welches ich von Anfang an zu dieser socialistischen Zeitschrift hatte, weil mir die Gründe derselben zum Theil persönlich oder durch ihre öffentliche Wirksamkeit bekannt waren. Nicht nur daß dieses Blatt mehr und mehr entschieden mit seiner Tendenz hervortritt, wovon ich Ihnen schon Belege geliefert habe, sondern, was noch höher zu veranschlagen ist, es fängt seit einiger Zeit an, Specialfragen vom höchsten Interesse für die Arbeiter in einer sehr gediegenen Weise zu behandeln. So liest man unter Anderem in demselben einen in voriger Woche begonnenen und in dieser Woche fortgesetzten, aber noch nicht beendeten Artikel über die brennende Frage des Haus- oder Wohnungszinses, der nicht nur alle Arbeiter, d. h. alle Nicht-eigenthümer, wenigstens neunzig Procent der hiesigen Bevölkerung, interessiert, sondern der in einer zugleich gründlich-wissenschaftlichen und populären Weise die Zinsfrage überhaupt, den Kernpunkt des socialen Problems, behandelt, folglich von ganz allgemeinem Interesse ist. Sobald diese mathematisch-ökonomische Arbeit ganz veröffentlicht ist, werde ich Ihnen eine ausführliche Analyse derselben geben.

Obgleich der Verfasser die praktischen Schlüsse aus seiner theoretischen Arbeit noch nicht gezogen hat, so ergeben sich doch schon einige aus dem bereits Veröffentlichten von selbst. Die Zinsen überhaupt, besonders aber die für Wohnungen, können ohne merkliche Mehrbelastung der Zinspflichtigen in Anuitäten, d. h. in eine jährliche Schuldentilgung umgewandelt werden, so daß nach einem Zeitraum von zwanzig bis dreißig Jahren jeder Zinspflichtige in den vollen Besitz des Kapitals, resp. der Wohnung, des Hauses gelangt, welches er vom Kapitalisten gemiethet oder geborgt hat. Hierzu ist aber freilich nöthig, daß die Gesetze, welche bis jetzt ausschließlich zum Vortheile der Kapitalisten und zum Nachtheile der Arbeiter gemacht sind, zum gleichen Vortheile Aller in streng gerechter Weise reformirt werden. Es bedarf hierzu keiner sogenannten, d. h. fälschlich verstandenen, „Staatshilfe“, sondern der Volkserziehung durch Schule und Association einerseits, damit andererseits das nicht mehr vorzuhaltende allgemeine und directe Wahlrecht zu gesetzgebenden Versammlungen eine Wahrheit werde; denn der „Staat“ ist in letzter Instanz nichts Anderes, als das Gesetz, und die ganze „Staatsmacht“ ist schließlich in den gesetzgebenden Körpern concentrirt, welche, wenn es nöthig ist, auch die „Grundgesetze“ oder die Staats-Verfassung entweder

reformiren oder neu gründen können. Hier zeigt sich wieder, daß die ganze heutige politische, nationale und social-ökonomische Bewegung sich um die beiden Angelpunkte dreht, die der große Gründer des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins mit seinem Adlerblick gleich bei Gründung dieses Vereins erkannt hat. Als Mittel, als einziges praktisches Mittel zur Lösung aller brennenden Fragen hat er die Agitation für das allgemeine und direkte Wahlrecht aufgestellt. Als Zweck aber die socialen Reformen auf gesetzlichem Wege. Nur Unwissenheit und böser Wille von Seiten der privilegierten Klassen, des Adels und der Bourgeoisie, konnten sich über den Werth und die Resultate dieser Agitation täuschen. Gewiß würde Passalle, wenn keine ketzerischen Betrüger hinter den deutschen Arbeiterassociationen ständen, sondern wenn diese, wie hier in Frankreich, unter der Leitung bewährter Socialisten gestanden hätten, auch sie als Faktor der Volkserziehung mit in Rechnung gebracht haben. Weil man aber zur Zeit der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins in Deutschland die Arbeiter-Associationen, und nicht einmal die Productiv-Associationen, sondern nur die Schulze'schen Sparcassen als den Inbegriff aller socialen Weisheit dem Volke empfahl, hat er mit Verdruss und Ekel dieser Bewegung, die noch obendrein feindselig gegen seine Agitation Front machte, den Rücken gekehrt. Es war hier in Frankreich um so mehr am Platze, den Associationen seine ganze Aufmerksamkeit zu schenken, als erstens das allgemeine und direkte Wahlrecht hier schon existirte, weil man zweitens vor Allem Productivassociationen gründete, die mehr als alle andere Arten von Arbeiterassociationen geeignet sind, die Lösung der socialen Frage durch Volkserziehung vorzubereiten, und weil, wie gesagt, die Leitung der Associationen von vornherein nicht in den Händen von Gegnern des Socialismus war. Da Deutschland jetzt mit Riesenschritten der Verwirklichung des allgemeinen und direkten Wahlrechts entgegen geht, so werden sich auch bei Ihnen hauptsächlich bald Socialisten finden, welche sich der Arbeiterassociationen annehmen und so den kläglichsten Spaltungen innerhalb der Arbeiterpartei ein Ende machen.

Die Dresdener „Reform“ und unsere „Demaskirung.“

Die Dresdener „Reform“ (Communal-Blatt) hat einen nicht minder einfältigen als perfiden Artikel gegen uns gebracht, der, das muß man ihr lassen, in seiner Art einzig ist. Wenn wir der „Reform“ darauf antworten, so geschieht dies weder der Einfältigkeit noch der Perfidie ihres Artikels halber, sondern lediglich der Dresdener Arbeiter wegen, von denen vielleicht der eine oder andere, dem das Blatt nicht regelmäßig zu Gesicht kommt, die „Reform“ bisher

für ein leidlich anständig oder gar für ein passabel vernünftig redigirtes Blatt gehalten haben mag, und die wir deshalb darauf aufmerksam machen müssen, wie weit dies zutrifft.

Wir haben dazu nicht viel mehr nöthig, als denjenigen Theil des erwähnten Curiosums abzufragen, der sich mit uns zu thun macht, während der andere, größere und nicht minder läppische Theil desselben hauptsächlich an die großpreussischen Fortschrittler adressirt ist, mit denen wir — und das hat uns besonderen Spaß bereitet — in Eines Topf geworfen werden.

An der Spitze der von einem Herrn Klein redigirten „Reform“ (Nr. 20, vom 15. April) also prangt folgender Leitartikel gegen „die Gegner des alten Parlamentes“:

Ich muß der „Constitutionellen Zeitung“ zu Hilfe kommen. Das „Frankfurter Journal“ steht nicht allein mit seinem Widerspruch gegen die Sammlung der alten Parlamentsgenossen. Ein anderer Frankfurter, Herr v. Schweizer*) druckt den Schmähartikel des ersten gegen die hiesigen Parlamentenleute wohlgefällig im Berliner „Social-Demokrat“ ab, indem er zu dem Verlangen nach Verhütung eines brüdermörderischen Krieges zwischen Oesterreich und Preußen die charakteristische Bemerkung macht: „er sei ganz anderer Ansicht.“

Nach den wunderlichen Thesen, welche die politische Haltung des „Social-Demokrat“ bereits durchgemacht hat, kann uns auch diese Absonderlichkeit nicht mehr Wunder nehmen. Ob die arbeitenden Klassen, deren Organ der „Social-Demokrat“ sein soll, und aus denen bekanntlich die Armeen hervorgehen, die dynastische Zümmung: sich gegenseitig niederzumeßeln, mit der gleichen Befriedigung aufnehmen werden, erscheint uns freilich mehr als zweifelhaft.

Die beiden Berlin-Frankfurter Politiker scheinen übrigens gar nicht zu wissen, welchen Dienst sie mit ihren Anschlägen der Volkspartei geleistet haben. Die Demaskirung ist schneller erfolgt, als wir hoffen durften. An dem Phantom der Volkserrettung mag die Publicistik herumknabbern, aber in natura darf nicht davon erscheinen: da würde die Sache zu ernsthaft! Schönen Dank für den Wink. Nun weiß die Volkspartei um so besser, was sie zu thun hat! u. s. w.

Der Schluß der ganzen Curiosität lautet: Wir sehen mit Spannung der Antwort oder dem majestätischen Schweigen entgegen, das — auch eine Antwort ist.

Gut — wir antworten, und die „Reform“ soll keiner zweiten Antwort mehr mit „Spannung entgegensehen“, vielmehr an unserer ersten „Demaskirung“ — ihres Blödsinns und ihrer Gemeinheit genug haben.

Obae uns hier auf eine eingehende Erörterung der Frage einlassen zu können, ob und warum eine, wie die „Reform“ sich ausdrückt, „als Vorparlament wieder zusammentretende National-Versammlung“ von 1848 zweckmäßig oder unzweckmäßig,

*) Der sitzt ja im Gefängnisse; es wird wohl sein College, der Lieutenant v. Hoffstetten, gewesen sein. Anmerkung d. Red. d. „Reform.“

wünschenswerth oder nicht wünschenswerth wäre, wollen wir der „Reform“ nur auf einige ihrer dümmsten und verlogensten Bemerkungen antworten, im Uebrigen sie auf unsere Artikel über die deutsche Frage verweisend.

Erstens: hat das „Frankf. Journal“ keinen Schmähartikel gegen die Dresdener „Parlamentsleute“ gebracht, sondern die Fassung ohnmächtiger Resolutionen getadelt, deren Inhalt auszuführen man gar nicht die Absicht hat und haben kann.

Zweitens: haben wir uns nicht gegen die Billigkeit des „Verlangens nach Verhütung eines brudermörderischen Krieges zwischen Oesterreich und Preußen“ ausgesprochen, sondern lediglich dessen Unzweckmäßigkeit und Erfolglosigkeit betont, da wir und alle Vernünftigen der Ansicht sind, daß man, um den Frieden zu erhalten, seinen Zweck weit sicherer erreichen würde, wenn man einmüthig den Kabinetten erklärte, wie man im Volke, in der Nation, einen solchen Krieg aufgefaßt wissen und wie man sich nach Ausbruch und im Verlaufe desselben verhalten wolle; und ferner, daß, — falls nicht europäische Ereignisse, das Eintreten einer europäischen Revolution, den habsburg-hohenzollern'schen Dualismus beseitigt haben sollte, was schwer mit Sicherheit voraus zu bestimmen ist, — dieser Krieg zwischen den genannten beiden Mächten früher oder später unvermeidlich ist.

Drittens: steht es nicht in unserer Macht, und hätten wir, selbst, wenn dies der Fall wäre, gar kein Interesse daran, den organischen Fehler zu heilen, welcher die „Reform“ an einem Verständnis unserer Parteistellung verhindert; daher wir ihr das Vergnügen gönnen müssen, auch fernerhin „wunderliche Phasen“ in unserer politischen Haltung zu entdecken.

Viertens: — und dies ist eigentlich schon mit Punkt zwei abgethan — haben wir den arbeitenden Klassen niemals die „dynastische Zumuthung“ gestellt, „sich gegenseitig niederzumeheln“.

Fünftens: Mit welcher „Befriedigung“ die arbeitenden Klassen unsere Zumuthungen aufnehmen, kann die „Reform“ am besten aus unserem Blatte selbst entnehmen und wird sie vielleicht schon in den nächsten Tagen in loco Dresden neuerdings erfahren.

Sechstens: Kann es uns nur schmeichelhaft sein, der Volkspartei erst sagen zu müssen, „was sie zu thun hat.“ Falls aber die „Volkspartei“, wie die „Reform“ andeuten will, das Gegenheil von dem ihm zu müssen glauben sollte, was wir anrathen, so hätten wir damit nur uns selbst einen Dienst geleistet, indem sie dann sicherlich auf dem besten Wege wäre, sich gründlich zu blamiren, und dem Volke über sie die Augen zu öffnen. Uebrigens wird sich die „Volkspartei“ bei dem infanten terriblen ihrer Partei-Presse, bei der „Reform“, für solche Offenherzigkeit schätzenswerth bedanken. Zu ihrem Glück aber ist die Partei nicht durchweg so pfiffig vertreten und werden in ihrer Presse Stimmen laut, die unsere Meinung theilen. Wir empfehlen bei dieser Gelegenheit der „Reform“ den Leitartikel von P. B. im „Deutschen Wochenblatt“ über die Kriegesfrage, welcher die ohnmächtigen Resolutionen der fortschrittlichen Narren geißelt, und den wir gleichfalls „wohlgefällig“ abgedruckt haben.

Siebtens: Ist es nicht mehr wie billig, als daß wir die Hoffnung der „Reform“ auf unsere „Demaasirung“, mehr als ihr lieb sein kann, wirklich erfüllen und hiermit demaskiren, was sich hinter ihrer Parlamentslarve, hinter ihrer vorgeblichen Friedensliebe im Interesse der arbeitenden Klassen verbirgt:

Die „Reform“ und die „Dresdener Parlamentsleute“ wollen durch Friedens-Resolutionen und durch „Sammlung der alten Parlaments-Gesossen“ zu einem „Vorparlament“ verhindern, daß sich die arbeitenden Klassen „für dynastische Zwecke“ gegenseitig niedermeßeln. Nun möchten wir nur von der „Reform“ erfahren, wie die Herren das zu Wege bringen? Abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob den arbeitenden Klassen ein solches Parlament besonders nützlich und angenehm sein kann (wir müssen es entschieden bezweifeln), und abgesehen davon, daß der Zusammenritt dieses Parlaments den „brudermörderischen Krieg“ doch nicht verhindern könnte, wenn er überhaupt zum Aus-

bruch kommt, abgesehen also von alledem — glauben denn die „Reform“ und ihre „Parlamentsleute“, daß eine abermalige deutsche Reichs-Versammlung dieses Parlaments auf friedlichem Wege und mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden könnte? Glauben sie an eine erfolgreiche einmüthige Erhebung des gesammten deutschen Volkes gegen ihre, in solchem Falle sofort einmüthigen Regierungen? Die gegenseitige erfolglose Niedermeßelung für dynastische Zwecke wäre gerade dadurch mit Unvermeidlichkeit herbeigeführt, und die Hoffnungen der Nation würden neuerdings vielleicht auf Jahrzehnte hinaus vernichtet und dies Alles für ein Parlament doctrinärer Bourgeois, die zum weitläufigsten Theile sich noch in ihrem alten Ideenkreise von 1848 bewegen.

Wir bezweifeln, daß die arbeitenden Klassen dazu viel Lust verspüren werden.

Und hiermit hat die „Reform“ ihre von uns gehoffte Demasirung.

Das Uebrige werden vielleicht unsere Dresdener Parteigenossen besorgen, wenn es ihnen noch der Mühe werth sein sollte.

Politischer Theil.

Mundschau.

Berlin, 28. April.

Die Lage der Dinge in Deutschland hat sich im Habsburg-Hohenzollern'schen Conflict nicht weiter beträchtlich verändert. Es kann als notorisch angenommen werden, daß die weiland „getreuen Aulärten“ im status quo der Kriegsbereitschaft verharren. Nach den Mittheilungen des Telegraphen hat sich als vollkommen richtig erwiesen, daß Habsburg die italienische Armee auf den Kriegsfuß gesetzt und dies dem hohenzollern'schen Kabinet hat anzeigen lassen. — Die ministerielle „Nordd. Allg.“ bricht eine Lanze für die hohenzollern'sche Entscheidung und meint, Preußen dürfe nicht gemüthlich abwarten, ob ein Angriff Oesterreichs auf Italien erfolge. Der Artikel sagt unter Anderm: daß Oesterreich die Feindschaft gegen Preußen zu seinem obersten Staats- und Nationalitäts-Princip erhoben habe, darüber sei kein Zweifel, und wenn Oesterreich wirklich nur Italien anzugreifen beabsichtige, so dürfe Preußen nicht zugeben, daß die italienische Armee ungeschädlich gemacht werde. Es dürfe in Italien nicht die entnützigende Ueberzeugung entstehen, daß dieses Königreich bei einem Kriege mit Oesterreich der Isolirung ausgesetzt sei. Und ferner: „Oesterreich muß entweder ernstlich Preußen und Italien gegenüber zum vollen friedlichen Status quo ante zurückkehren oder gewärtigen, daß die preussischen Rüstungen sich nach Maßgabe des Fortschrittes der österreichischen Rüstungen verstärken. Die preussische Regierung würde zweifellos eine große Verantwortlichkeit auf sich laden, wollte sie nicht Angesichts der ununterbrochen fortgesetzten österreichischen Kriegsrüstungen ihre volle Aufmerksamkeit der Sicherstellung des eigenen Landes zuwenden.“ Nach der Wiener „Neuen fr. Presse“ hätte jedoch Italien an Frankreich und England officiell erklären lassen: die Gerüchte über Truppen-Concentrationen in Italien seien falsch, auch nicht ein Mann sei einderufen. — Die Mittel- und Kleinstaaten sollen in der Augsburger Diplomaten-Conferenz sich mit der Frage beschäftigen, ob ein wechselndes Bundespräsidium, mit Bayern an der Spitze der dritten Gruppe, und in Verbindung damit die militärische Neugestaltung des Bundes gut zu heißen sei. Sonach steht die Trias feierlich wieder in voller Blüthe. — In der letzten Bundestags-Sitzung wurden, nachdem man sich in der Vorlesung für einen besonderen Ausschuß zur Vorbearbeitung des preussischen Bundesreform-Antrages entschieden hatte, in denselben gewählt die neun Repräsentanten: von Oesterreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen und den sächsischen Häusern; als Stellvertreter: Kurhessen und Mecklenburg. Viel kann dabei unmöglich herauskommen, denn jede Bundesreform durch die souveränen Fürsten, mit oder ohne „Nationalparlament“, ist und

bleibt ein Stückwerk, das nimmermehr Deutschlands Einheit herbeiführen kann. Die souveränen Fürsten werden und können sich nicht selbst das Todesurtheil sprechen, was sie thäten, wenn sie ihre Souveränität auf den Altar des Vaterlandes legten. Wozu sie dann überhaupt noch da wären, würde schwerlich Jemand begreifen.

Aus Frankreich wird telegraphisch gemeldet, daß das vom Fürsten Metternich inspirirte „Memorial Diplomatique“ die Nachricht bestätige, das Wiener Cabinet acceptire die Gegenvorschläge Preußens bezüglich der Abrüstungsfrage; nur bestehe es auf der Festsetzung eines Endtermins bis zu welchem die beiden Mächte ihre kriegerische Vorbereitung rückgängig zu machen hätten. Dasselbe Journal glaubt auch die Gerüchte, nach welchen Oesterreich imposante Streitkräfte in Venetien concentrirt, als übertrieben bezeichnen zu können. — Der heutige „Constitutionnel“ enthält einen von Boniface gezeichneten Artikel, in welchem es unter Andern heißt: Die Gefahr eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen scheint beseitigt zu sein. Oesterreich sollte seine Rüstungen in Venetien nicht aufrecht erhalten, da es nicht wahrscheinlich sei, daß Italien Oesterreich allein angreifen werde. Im Uebrigen mahnt der „Constitutionnel“ Oesterreich dringend zum Frieden. —

In der Donaufürstenthümer-Frage ist ein Telegramm aus Constantinopel zu erwähnen, wonach die Pforte ihren Gesandten in Paris beauftragt haben soll, gegen die Wahl des Prinzen Carl zu protestiren, weil dieselbe eine Verletzung der Suzeränitätsrechte der türkischen Regierung sei.

Aus Italien lauten die Nachrichten immer kriegerischer, wenn auch, nach der „Italia“, die Regierung erklärt habe, daß sie nicht rüste. Die „Italia“ will auch aus guter Quelle wissen, daß es durchaus nicht wahr sei, daß die Flotte Italiens sich an die adriatische Meere sich zu concentriren. Die italienische Seemacht sei in diesem Augenblicke, wie gewöhnlich, zwischen Spezia, Tarent und den gewöhnlichen Stationen im Mittelmeere vertheilt. — Desto eifriger ventilirt die gesammte Presse die Kriegesfrage. Krieg um jeden Preis! ist ihre Grundstimmung; Preußen zögert ihr zu lange und läßt sich immer befürchten, daß es im letzten Augenblicke das halbgezogene Schwert wieder in die Scheide stecken werde; man hofft, daß, wenn Italien gegen Oesterreich ins Feld rückt, die preussischen Bedenkllichkeiten ein Ende haben und Preußen zum Losschlägen hingerissen werden würde. Mit Garibaldi, der noch in Caprera weilt, sollen in Betreff einer allenfälligen Theilnahme am Kriege Verhandlungen angeknüpft worden sein. Man bot ihm zuerst ein hohes Commando über reguläre Truppen an, was er begreiflicherweise zurückwies. Hierauf versuchte man es, ihn zu bewegen, wie im Feldzuge von 1859 ein Corps königlicher Freiwilliger anzuführen, und zwar im Subordinationsverhältnis zu dem militärischen Obercommando. Auch dieser Vorschlag wurde in Caprera zurückgewiesen; ein neuerer geht nun dahin, Garibaldi die Anwerbung einer gewissen Anzahl Freiwilliger zu gestatten, deren Ausrüstung und Unterhalt die Regierung übernehme, und bezüglich deren Verwendung dem General so zu sagen absolut freie Hand gelassen werden soll. Auf seinen Wunsch würden ihm sogar Transportschiffe zur Verfügung gestellt werden, allein er hätte die Verpflichtung einzugeben, die ursprünglich festgestellte Zahl der Freiwilligen nicht durch nachträgliche Werbungen zu vergrößern. Es scheint, daß Garibaldi sich auch auf dieses Project nicht einlassen wird, sowie es andererseits außer Zweifel steht, daß die Regierung fest entschlossen ist, das Freischaaeren-Element so wenig als möglich zum Kriege heranzuziehen.

In Lissabon steht abermals eine Ministerkrisis auf der Tagesordnung. Die Bildung eines neuen Cabinets soll dem Herzog Loulé übertragen worden sein. Ueber die Gründe der Krisis erfährt man noch nichts. Die Schlußsitzung der Cortes ist auf den 8. Mai festgesetzt.

In Athen wurde Stouffos, ein eifriger Anhänger des Königs Otto, zum Bürgermeister gewählt. Die Regierung ist in großer Geldverlegenheit.